

Wien, am 13.9.2021

Resolution

Gemäß § 24 Abs. 1 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen stellen die unterfertigten Bezirksrätinnen der Grünen Alternative Rudolfsheim-Fünfhaus in der Bezirksvertretungssitzung am **23.9.2021** nachstehenden Resolutionsantrag:

Resolutionsantrag Lobau-Tunnel

Die Bezirksvertretung des Klimabündnisbezirks Rudolfsheim Fünfhaus spricht sich gegen den Bau des Lobau-Tunnels aus.

Begründung

Die Klimakrise und die Anpassung an die Folgen des Klimawandels zählen zu den größten politischen Herausforderungen unserer Zeit. Rudolfsheim-Fünfhaus ist seit 2014 Teil des Klimabündnisses Österreich und hat sich dazu verpflichtet, aktiv für Klimaschutz, Klimagerechtigkeit und einen nachhaltigen Lebensstil einzutreten. Der Bezirk hat sich darüber hinaus dazu bekannt, durch sein Handeln ein Vorbild zu sein und aktiv Bewusstsein für den Klimaschutz zu schaffen.

Während in vielen Sektoren die Emissionen gesunken sind, sind sie im Verkehrssektor stetig gestiegen. Der Lobau-Tunnel würden zu einer weiteren Erhöhung beitragen, da sie mehr Verkehr hervorrufen anstatt Straßen zu entlasten. In Rudolfsheim-Fünfhaus gibt es aber bereits jetzt einen klar ersichtlichen Gegentrend: Der PKW-Bestand im Bezirk sinkt, die Bewohner:innen gehen immer mehr zu Fuß, nutzen Rad und Öffis. Dies bedeutet auch gleichzeitig, dass die Lebensqualität im Bezirk erheblich ansteigt. Somit sind Lobau-Tunnel und -Autobahn aus wissenschaftlicher Sicht weder mit den Klimazielen, zu denen sich die Stadt Wien verpflichtet hat, noch mit den Zielen der Pariser Klimakonferenz vereinbar und stellen sich auch gegen die bezirkseigenen Ziele.

Verkehrspolitik ist zugleich immer auch Sozialpolitik, diese ist daher auch aus einer verteilungsökonomischen Sicht zu betrachten. Weniger als die Hälfte der Wiener Haushalte in den untersten beiden Einkommensfünfteln kann sich ein eigenes Auto leisten. Der Bau des Lobau-Tunnels kommt also überdurchschnittlich stark dem Mobilitätsverhalten von reicheren Haushalten zugute, während ärmere Haushalte kaum profitieren. Öffentliche Investitionen müssen sozial, ökonomisch und ökologisch ausgewogen gestaltet werden, damit alle sozialen Schichten und damit alle Bewohner:innen davon profitieren können.

Catherina Schneider

Katharina Schöll